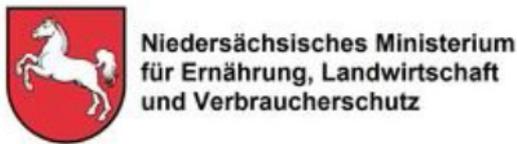




Der Senator für Umwelt,
Bau und Verkehr



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gemeinsames Papier der Länder Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Bremen zur Milchpolitik

Die Milchbauern brauchen wirksame Anreize zur Mengenreduzierung statt eines zögerlichen Bundesministers

Die Krise an den Märkten für Milch und Milcherzeugnisse hat sich in den letzten Wochen und Monaten weiter verschärft. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht. Das Ausmaß des Strukturbruchs hat dramatische Folgen für den gesamten ländlichen Raum. Das Bild der Gesellschaft von der Landwirtschaft und der bäuerlichen Milchviehhaltung wird sich tiefgreifend verändern, wenn wir nicht schnell Lösungen finden.

Alle Entscheidungsträger und Beteiligten müssen ihrer Verantwortung jetzt nachkommen. Dem Bund kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Die Bundesregierung und speziell der Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt werden ihrer Verantwortung bislang in keiner Weise gerecht. Die sich bereits vor über einem Jahr abzeichnende Krise wurde von der Bundesregierung lange Zeit nicht ernst genommen.

Der Milchgipfel von Bundesminister Schmidt hat für die Milchbauern zu keinen wirksamen Ergebnissen geführt, sondern liefert nur Tröpfchen-Infusionen für existenzbedrohte Betriebe, die das Problem zu niedriger Preise nicht lösen. Unsere Milchbauern wollen faire, existenzsichernde Preise am Markt statt Almosen und falsche Versprechungen des Bundeslandwirtschaftsministers.

Lösungsvorschläge, die von den Agrarministerinnen und -ministern der Länder in parteiübergreifender Einheit in Form eines umfassenden Pakets vorgelegt worden sind und die die Mengenanpassung priorisieren, werden seit Monaten von der Bundesregierung ignoriert. Statt betroffene Betriebe wirksam zu unterstützen und Maßnahmen einzuleiten, die für eine Erholung der Märkte sorgen, sollen die von Bundesminister Schmidt vorgesehenen Subventionen ungerichtet und breitflächig mit der Gießkanne ausgeschüttet werden:

1. So bringt der von Bundesminister Schmidt ins Spiel gebrachte einmalige **80 Millionen Euro-Zuschuss** zur Unfallversicherung, der über die Milchviehbetriebe hinaus allen landwirtschaftlichen Betrieben zufließt, nur 350 Euro pro Betrieb und gleicht damit nicht einmal den Verlust eines durchschnittlichen Milchviehbetriebes pro Tag aus.

2. Die angekündigte Steuerentlastung in Höhe von **20 Millionen Euro** durch Gewinnglättung (Neuregelung des § 7 g EStG) kommt vor allem wirtschaftlich gesunden Betrieben zugute, die Investitionen tätigen wollen. Für wirtschaftlich gefährdete Milchviehbetriebe ist die Regelung nicht geeignet, um als Soforthilfemaßnahme Liquidität zu generieren. Der angesprochene Glättungszeitraum gilt für die Zukunft und kommt eher Groß- als Kleinbetrieben zugute.

3. Die geplante Steuerbefreiung des Verkaufs von landwirtschaftlichen Flächen ist nicht geeignet, zeitnah Liquidität zu generieren, sondern dient der Abwicklung und dem Ausverkauf von Betrieben und führt damit unweigerlich zum Strukturbruch.

Damit setzen die bisher in Aussicht gestellten Zuschüsse und Steuervergünstigungen nicht an der eigentlichen Ursache der Krise, den zu hohen Milchproduktionsmengen an.

Das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage am Milchmarkt besteht fort. Nachfrageseitig sind kurzfristig keine Impulse zu erwarten. Es muss jetzt die Rohstoffmenge reduziert werden. Dazu sind die neuen Möglichkeiten aus den am 12.04.2016 veröffentlichten Verordnungen der EU-Kommission zur freiwilligen Mengenplanung von den Marktpartnern umgehend aufzunehmen und Schritte zu deren Umsetzung einzuleiten. Die Ministerinnen, Minister und Senatoren der Agrarressorts der Länder haben im Rahmen des AMK-Beschluss in diesem Zusammenhang die Äußerungen der EU-Kommission zu befristeten Beihilferegulungen für das Einfrieren oder die Reduzierung der Produktion, die bisher von Bundesminister Schmidt ignoriert worden sind, ausdrücklich begrüßt. Der Bund wird aufgefordert, die damit verbundenen Möglichkeiten aufzugreifen.

Zusammengefasst fordern wir eindringlich zur Lösung der Milchmarktkrise und Rettung einer flächendeckenden bäuerlichen Milchviehhaltung folgende wirksame Sofortmaßnahmen:

1. Alle Verbände und die Agrarministerinnen, -minister und -senatoren der Länder sind in den Dialogprozess einzubeziehen. Ausgrenzungen einzelner, kritischer Verbände sind im Interesse einer **gemeinsamen Lösung** der Milchkrise nicht zielführend. Nur gemeinsam und im Dialog können Ergebnisse erzielt werden, die für alle Beteiligten akzeptierbar sind und nicht alleine die Handschrift bestimmter Branchenvertreter tragen.

Deshalb erinnern die Landwirtschaftsministerinnen, -minister und -senatoren der Länder an Ihr Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel, in dem ein gemeinsamer Milchgipfel gefordert wurde, durch den konkrete Ergebnisse zwischen allen Branchenverbänden und den Ländern zu erzielen sind.

2. Für wirkungsvolle freiwillige Maßnahmen der Marktpartner zur Mengenreduzierung muss sichergestellt werden, dass die noch nicht ausgeschöpften Hilfsgelder von Bund und EU genutzt werden können, denn nach unserer Kenntnis sind sowohl in der EU als auch auf Bundesebene die Mittel des ersten 500 Millionen Euro schweren Hilfspakets noch lange nicht ausgeschöpft.

Zu neuen Maßnahmen gehört auch das auf der AMK einstimmig geforderte **Bonusprogramm Milch**, um Molkereien und Erzeuger finanziell zu unterstützen, die sich an milchmengenreduzierenden Maßnahmen beteiligen. Die Hilfgelder sollten jetzt vordringlich für freiwillige Anreize zur Mengenreduzierung benutzt werden (Drosselbonus).

3. Der Bund muss seine Verweigerungshaltung aufgeben und sich dafür einsetzen, Hilfgelder der Europäischen Union an Mengenreduzierungen zu koppeln. **Kurzfristige Hilfsmaßnahmen müssen zwingend mit einer Milchmengenreduzierung verknüpft werden.** Alle Hilfsmaßnahmen sind an eine Marktentlastung zu koppeln. Dass dies zulässig ist, hat die EU-Kommission erst kürzlich klargestellt.
4. Die Bundesregierung muss sich vor dem Hintergrund der brisanten Lage auf dem Milchmarkt, wie von der Agrarministerkonferenz bereits gefordert, dafür einsetzen, die geforderte Notbremse auf europäischer Ebene zu ermöglichen. Wenn freiwillige Maßnahmen zur Mengensteuerung in kurzer Zeit nicht greifen, fordern wir die Bundesregierung auf, endlich die französischen Vorschläge für eine europäische Lösung unterstützen. Damit können auf EU-Ebene hierfür Mehrheiten erzielt werden und es kann endlich eine **zeitlich befristete entschädigungslose Mengenbegrenzung** nach Artikel 221 der Gemeinsamen Marktorganisation umgesetzt werden.